



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

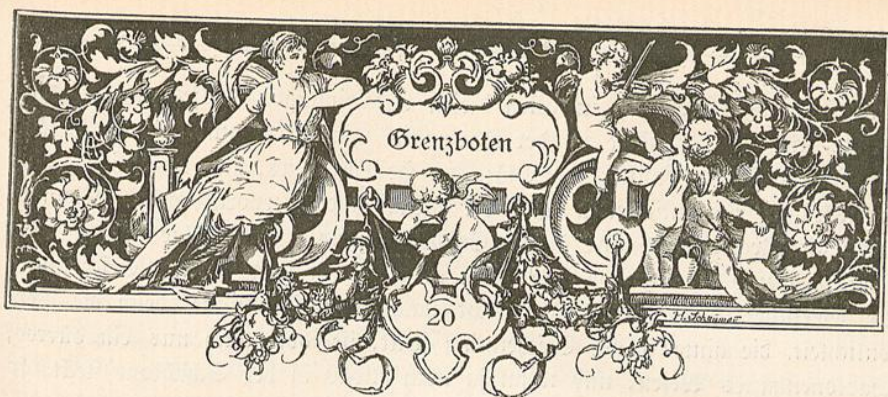
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Blicke auf unser öffentliches Leben

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Blicke auf unser öffentliches Leben

Vom Rhein



Wenn der moderne Mensch seinen Mitmenschen ehren will, wenn er eine hohe Persönlichkeit empfangen, eine Anstalt zur Hebung verwahrloster Kinder „beiderlei Geschlechts“ einweihen hilft, ja wenn er nur eine gesellige Festlichkeit im Kasino oder bei einer befreundeten Familie besucht, so verwandelt er sich alsbald in ein schwärzliches Wesen, das nur am Hals und an den Handgelenken einige hellere Streifen aufweist, sich aber sonst von seinen Genossen nur durch Höhe des Körpers und Leibesumfang unterscheidet. Warum thut er das? Glaubt er, daß es dem, den er ehren will, Vergnügen macht? Mag sein, denn ein Heer gesinnungstreuer Beamten oder Stadtverordneten, einer wie der andre im Frack und mit dem Cylinder auf dem Kopfe, muß zum Beispiel auf jedes landesväterliche Herz einen wohlthuenden Eindruck machen. Wo der äußere Mensch in Ordnung ist, da ist es auch der innere, und wer hätte wohl ein so verdorbnnes Gemüt, um hinter der tadellosen Erscheinung eines Regierungsassessors im Gesellschaftsanzug auch nur den geringsten tadelnswerten Gedanken zu suchen? Insofern hat unsre bürgerliche Uniform ihre tiefe Berechtigung. Wie aber, wenn wir nicht zusammenkommen, um irgend jemand zu ehren, sondern nur, um in harmloser Geselligkeit uns und andre zu unterhalten? Weshalb streifen wir auch da sorgfältig alle Farbe von uns ab? Der Grund liegt tiefer. Die Alten bemalten ihre Tempel und Bildsäulen; wir überziehen unsre öffentlichen Gebäude und Denkmäler mit einem eintönigen schmutzigen Grau. Auf den Festen der Renaissance, wie sie uns Tizian und Paolo Veronese geschildert haben, wogte eine lebensfrohe Menge in farbenprächtigen Gewändern; auf unsern Festen sehen wir nur schwarze Männer und mattfarbige Frauen und lauter gelangweilte Gesichter.

Grenzboten II 1894

Und doch offenbart sich in allen diesen Erscheinungen dasselbe Gesetz, das Gesetz, daß die Schönheit in der Harmonie von Form und Inhalt besteht. In tausend Farben schillert die Blüte des Hellenentums, und unzählige, scharf ausgeprägte Persönlichkeiten hat die Renaissance hervorgebracht. Konnten solche Geschlechter auch ihre äußere Erscheinung anders ausprägen als in vielgestaltigen und bunten Formen? Wir aber formen unsre äußere Erscheinung für feierliche Gelegenheiten mit Recht nach einer Schablone, denn die Persönlichkeit, die hinter dieser Erscheinung steckt, ist doch auch nur ein dürres, schablonenhaftes Wesen, und wenn ja noch etwas in der Schablone steckt, so ist es — die allgewöhnlichste Selbstsucht.

Es giebt freilich eine auffallende Erscheinung in unsrer Zeit, die der Behauptung zu widersprechen scheint, daß sich der moderne Mensch lediglich von selbstfüchtigen Interessen leiten lasse; das ist das üppig wuchernde Vereinswesen. Auf den ersten Blick sollte man meinen: Menschen, die ein so lebhaftes Bedürfnis haben, sich an andre anzuschließen, müßten außerordentlich „selbstlose“ Naturen und der Hingebung an die Interessen andrer in hohem Maße fähig sein. In der That, auf den ersten Blick erscheint es so. Aber wer sich die Mühe nimmt, einen zweiten auf dieses liebliche Bild zu werfen, der erkennt alsbald, daß wahre Hingebung nur bei den wenigen eigensinnigen Köpfen zu finden ist, die den Mut haben, sich allein ihren Weg durch das profanum vulgus zu bahnen, und daß der ehrenwerte Durchschnittsphylister nur deshalb so bereitwillig in jedem beliebigen Verein unterkriecht, weil er eine jämmerliche Angst vor jeder selbstbewußten Persönlichkeit hat und doch für sein Leben gern so etwas wie eine Persönlichkeit vorstellen möchte. Da tritt er denn mit seinem bißchen Willenskraft in eine der vielen Schablonen, die ein Verein für neue Mitglieder offenhält, und marschiert nun fröhlich mit vielen andern Nullen hinter einer Eins her. Freilich, die Eins, die an der Spitze marschiert, ist auch nur eine Eins, und man muß ihrer schon recht viele zusammenzählen, ehe ein Mann draus wird. Aber man fühlt sich doch, wenn man als Vorsitzender seinen lieben Vereinsbrüdern mit Donnerstimme zurufen kann, daß man „auch im kommenden Jahre des so regen Vereinslebens das Banner echter Sangesbrüderschaft und reiner Liebe zur Kunst unentwegt hochhalten werde.“ Nirgends ist es schöner Reden halten als in einem Verein. Je mehr Blödsinn man schwagt, je faustdicker die Lügen von dem „großen Aufschwung und der stetig wachsenden Bedeutung für das öffentliche Leben unsers emporblühenden Gemeinwesens“ sind, um so zahlreicher und lauter ertönen die Bravos. Nun soll aber einmal einer aufstehen und sagen: „Liebe Freunde und Genossen! Betrügt euch doch nicht selbst. Was ihr leistet, das steht in gar keinem Verhältnis zu euerm Aufwand an Zeit, Geld und Arbeitskraft. Und wenn sich euer Verein heute schlafen legt, so kräht kein Hahn darnach, sondern die Weltgeschichte geht ihren Gang ruhig

weiter!" Das würde einen Aufstand geben! Wozu hat sich denn auch Herr Biedermeier in den „Verein zur Wahrung der und der gemeinsamen Interessen“ aufnehmen lassen? Weil er glaubt, daß diese Interessen in Gefahr seien? Fällt ihm nicht ein! Der Verein zur Wahrung der gemeinschaftlichen Interessen soll ihn davor schützen, daß er im Interesse anderer, im Interesse einer höhern Gemeinschaft Opfer bringen muß. Der Verein soll ihm die Gewähr geben, daß er sein Schäfchen ungestört scheeren kann. Der Verein soll ihm einen Rückhalt bieten, hinter dem er seine wertvolle Persönlichkeit gegen die Püffe und Rippenstöße des öffentlichen Lebens decken kann. So lauten die Phrasen von der Wahrung der gemeinschaftlichen Interessen in ehrliches Deutsch übersetzt.

Wem der Herr ein Amt giebt in deutschen Landen, dem läßt er alsbald auch die Verstandeskräfte in toten Schablonen einfrieren. Wer das noch bezweifelt, der lese nach, was in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 15. Februar über die geistige Beweglichkeit rheinischer Standsbeamten und ihrer vorgesetzten Behörden mitgeteilt wurde. Es ist typisch. All unsere Verwaltungsbehörden arbeiten rein maschinenmäßig, und ihre Beamten sind Schablonenmenschen, die auf jede schöpferische Thätigkeit verzichten und den größten Teil ihrer Arbeitskraft an den Krimskrams eines steifen Bureau-mechanismus verschwenden müssen. Darum widmen sich unsere Beamten in ihren Mußestunden mit besondrer Vorliebe einer ebenso wichtigthuenden wie überflüssigen Thätigkeit in Vereinen, darum stehen unsere Behörden, die den einzelnen Staatsbürger ausgezeichnet von oben herab zu behandeln wissen, den abgeschmacktesten Vereinsgründungen so „sympathisch gegenüber.“ Ein einzelner Mann mag die offenkundigsten Mißstände rügen, mag die besten Ratschläge zu ihrer Abhilfe geben: der einzelne Beamte sieht den Schwärmer mitteilidig lächelnd über die Achsel an, und die hohe Behörde kümmert sich gar nicht um ihn. Kommt aber ein Tier mit kleinem Kopf und vielen Beinen, ein Verein, eine Eins mit zahllosen Rullen dahinter, angerückt mit seinen Resolutionen, Petitionen und Adressen, dann wird die Sache „in Erwägung gezogen.“ Nicht etwa erwogen. Gott bewahre! Erwägen ist ein ehrliches Wort, in Erwägung ziehen aber heißt auf die lange Bank schieben, und solch unredlicher Sinn muß sich natürlich hinter einer Mißgeburt unsers schönen Papierdeutsch verstecken. Ich habe es erlebt, daß ein heller Kopf in einer unserer Mittelstädte unvermutet die unerhörte Mißwirtschaft der Bürgermeisterei beleuchtete und dabei auch recht krasse Wahlbeeinflussungen ans Tageslicht zog, die sich vor Jahren ereignet hatten. Da hieß es: „Der Mann hat ja Recht, aber die Geschichte ist schon so alt; er hätte sie sollen ruhen lassen.“ Das war die Angst des Philisters, der aus dem trägen Dusel seines Pflanzendaseins ausgerüttelt werden sollte. Der Reformator hat auch nichts erreicht, bis man einen Bürgerverein gegründet hatte. Und nachdem der in die übliche Schablone geknetet war und eine Weihnachtsbescherung armer Kinder ab-

gehalten hatte, um sich durch diese rührende That gegen den Verdacht umstürzlerischer Gesinnung zu schützen, rückte er zäh und langsam wie Weizenteig gegen das herrschende Unwesen vor. Aber beinahe noch zwei Jahre hat es gedauert, noch mancher Mißgriff ist in der Verwaltung gemacht, noch manche Durchstecherei mit Erfolg ins Werk gesetzt worden — da endlich hat der Bürgermeister erklärt, er könne die Bürde seines Amtes nicht länger tragen und werde in den Ruhestand treten. Und die Regierung, der einsichtige Bürger schon vor Jahren Beschwerden über die Mißwirtschaft eingereicht hatten? Sie ernannte den armen Bürgermeister, der sich seine Kenntnisse im Verwaltungsfach als Schreiber geholt hatte und mit der deutschen Grammatik nie gut Freund gewesen war, lange vor seinem Rücktritt zum Oberbürgermeister. Auch dieser Fall ist wohl typisch: wenn ein unfähiger Beamter von denen, die unter seiner Unfähigkeit zu leiden haben, angegriffen wird, so legt ihm die Regierung einen Titel oder einen Orden als Pflaster auf die wundete Seele.

Eigentümliche Formen hat das Zurückweichen der Persönlichkeit im Erwerbsleben geschaffen. Man kann nicht sagen, daß hier wie bei der Vereinsmeierei die Furcht bestimmend wäre, mit der eignen Persönlichkeit hervorzutreten. Unverschämter als unsre Geldproben drängt wohl niemand seinen bischen Ich den lieben Mitmenschen auf, wobei allerdings noch die Frage offen bleibt, ob man bei diesen leibeignen Sklaven des Goldes überhaupt von einem Ich reden kann. Jedenfalls aber ist es weniger Furcht, als vielmehr das Bestreben, die Interessen bequemer und gründlicher verfolgen zu können, was die Aktiengesellschaft zur herrschenden Form gewerblicher Unternehmungen im großen Stile gemacht hat. Wie sich diese Form gebildet hat, kommt schließlich weniger in Betracht, wenn man nur die Thatfache im Auge behält, daß Charakterköpfe mit warmem Herzen wie der alte Krupp im Erwerbsleben von heute immer seltener werden. An ihre Stelle ist der Börsenjude à la Bleichröder getreten, der seine Hände überall und nirgends hat. Und wenn erst sämtliche Angestellte am Gewinn beteiligt werden, dann ist der sozialdemokratische Zukunftsraum wenigstens für diesen Teil des öffentlichen Lebens erfüllt: jedes gewerbliche Unternehmen ist eine Maschine geworden, ein Automat zur Lieferung des Lebensunterhalts, in den vorn Geld und Arbeitskraft hineingeworfen werden, und aus dem hinten die Dividenden herausfallen. Die Triebkraft dieser Maschine ist das persönliche Interesse. Maschinenmäßige Arbeit soll größern Nutzen einbringen als persönliche Thätigkeit. Aber eine Maschine ist seelenlos, in ihrem Mechanismus ist kein Raum für Wohlwollen des Arbeitgebers gegen seine Angestellten, und für Anhänglichkeit der Beamten an das Haus, das ihnen Brot liefert. Doch vermißt ja das lebende Geschlecht Wohlwollen und Anhänglichkeit kaum, wenn nur die Bedürfnisse des Magens befriedigt werden. So wird das

System der unpersönlichen Maschinenarbeit wohl weiter ausgebildet werden. Aber schön ist's nicht, daß Gustav Freytags Soll und Haben schon ein Sang aus alter Zeit geworden ist, noch ehe ein halbes Jahrhundert seit dem Erscheinen des Buches verflossen ist.

Ähnliche Formen wie Handel und Gewerbe hat das politische Leben hervorgebracht. Denn was sind unsre politischen Parteien anders als Aktien-gesellschaften zur gemeinsamen Verfolgung bestimmter Interessen? „Die Industrie, die Landwirtschaft,“ tönte es wochen- und monatelang durch die Verhandlungen des Reichstages, daß man wirklich glauben sollte, gleich den zwei Seelen in der Brust Fausts bestünde das deutsche Volk aus den unversöhnlichen Gegensätzen Industrie und Landwirtschaft, die sich von einander trennen möchten, aber zu ewiger Dual zusammengeschnitten seien. Gelegentlich plagen auch noch andre Gegensätze auf einander, aber die Art, wie die einzelnen Parteien streitige Fragen behandeln, ist immer dieselbe. Ganz natürlich! Schablonenhafte Wesen behandeln alle Dinge nach derselben Schablone. Ich habe einen Bekannten, wenn der jemand im Wirtshause etwas essen sieht, was er auch gern möchte, so fragt er nicht: Ist das gut? sondern er fragt: Was kostet das? So macht es auch der hohe Reichstag. Bei jeder neuen Vorlage wird zunächst die Frage erörtert: Was kostet das? Die Opposition schreit — mag es sich nun um Vermehrung unsrer Wehrkraft oder um einen Handelsvertrag handeln —: Nein, das kostet uns soviel, daß das deutsche Volk die Last nicht mehr tragen kann! Und die Vertreter der Regierung mühen sich in endlos langen Reden ernst und geduldig, wie Männer, die sich einer schweren Pflicht bewußt sind, nachzuweisen: Nein, ganz soviel kostet es doch wohl nicht. Ich würde die Praxis meines Freundes, bei jeder Sache zuerst nach dem Preise zu fragen, sehr anerkennenswert finden, wenn er ein armer Teufel wäre, der sich mühsam durchs Leben schlagen müßte. Da er aber sein gutes Auskommen hat, wenn er auch nicht gerade reich ist, so hat mir seine stete Frage: Was kostet das? seine Bekanntschaft gründlich verleidet. Ähnlich ist es mir mit dem Reichstage gegangen. Ich könnte es verstehen, daß er allemal zuerst fragt: Was kostet das? und erst in zweiter Linie — oder auch gar nicht —: Ist das nützlich, gut und notwendig?, wenn das deutsche Volk unter den Völkern Europas als ein Bettler dastünde. So aber meine ich: für die Schacherpolitik, die unsre Volksvertretung seit Jahren treibt, giebt es nur eine Kritik, und die heißt kurz und bündig: —! Der geschätzte Leser denke sie sich. Warum soll ich einem strebsamen Staatsanwalt, der mir nie etwas zu Leide gethan hat, zu einem Orden verhelfen? Nie haben unsre Partei-schablonen kläglicher und hilfloser dagestanden, als vor der letzten Heeresvorlage. Gewiß kann man der Meinung sein, das deutsche Heer bedürfe keiner Vermehrung, ohne sich damit gleich des Landesverrats schuldig zu machen. Gewiß kann man behaupten, die Regierung habe die

Heeresvorlage so ungeschickt wie möglich eingebracht, ohne damit den Namen eines Hezers und Mörglers von Beruf zu verdienen. Aber daß aus großen Parteien gerade die angesehensten Männer ausscheiden mußten, weil sie eine Vermehrung der deutschen Wehrkraft für notwendig hielten, das ist doch noch zehnmal beschämender als die Unsicherheit der Regierung und die Verhetzung der Parteien unter einander. Leider ist diese Unduldsamkeit gegen jeden, der seine ehrliche Überzeugung nicht in die Parteischablone zwingen lassen will, kein besondres Kennzeichen der Parteien, die ihren Hauptberuf darin erblicken, nein zu sagen; sie ist mindestens ebenso fest eingebürgert bei den Männern, die sich selbst als die beruflichen Stützen von Thron und Altar bezeichnen. Parteien aber, die die persönliche Freiheit ihrer Mitglieder durch Gewaltmittel beschränken müssen, das sind keine frisch grünen Zweige des Volkslebens mehr, das sind dürre Schablonen.

Wem es Freude macht, solch erstarrter Lebensformen noch weitere aufzutreiben, der wird sie leicht finden. Sie schnüren überall das vorwärtstreibende Leben ein, in der Rechtspflege, im Verkehrsweisen, im Unterricht, in Kunst und Wissenschaft, und wo sonst noch. Lassen wir es an den drei großen Musteranstalten zur bequemen Verfolgung persönlicher Interessen genug sein: im bürgerlichen Leben die Vereine, als bequemste Einrichtung, die eigne Persönlichkeit erfolgreich leuchten zu lassen; im Erwerbsleben die Aktiengesellschaften, als bequemstes Mittel, der äußern Hülle dieser sogenannten Persönlichkeit das nötige Futter und noch einiges andre zu besorgen; im politischen Leben die Parteien, als bequemste Schutzmauer, hinter der sich die eigne Persönlichkeit vor der beunruhigenden Einwirkung fremder Geister verkriechen kann.

Und nun, bitte, noch einen Blick auf die „leitenden Männer“! Zwar „leiten“ ist nicht eigentlich das richtige Wort. Ich glaube, die Thätigkeit unsrer Regierungsmänner kann richtig nur im Passivum ausgedrückt werden. Immerhin aber muß man annehmen, daß zwei Männer, Caprivi und Miquel, einigen Einfluß auf die Gestaltung unsrer Politik haben. Nach einer Bemerkung Caprivis in der Reichstagsitzung vom 27. Februar ist das Ziel dieser Politik seit Jahrzehnten „die Erhaltung des Friedens und die Wahrung des deutschen Ansehens und der deutschen Würde.“ Das stimmt nicht ganz. Während der zwei Jahrzehnte, daß Bismarck die Politik des deutschen Reiches lenkte, stand in erster Linie die Wahrung des deutschen Ansehens und der deutschen Würde, und erst dann kam die Erhaltung des Friedens. Doch auch in der Caprivischen Reihenfolge ist die Wahrung des deutschen Ansehens immer noch ein hohes Ziel, von dem man meinen sollte, es könne der Seele eines Mannes wohl gelegentlich den Schwung ureigner Begeisterung verleihen. Und was versichert uns der Reichskanzler in derselben Rede zum soundsovieltsten male? „Es ist bekannt, daß ich nach schwerem Bedenken vor vier Jahren in meine Stellung eingetreten bin. Ich werde darin verharren, so lange es

Sr. Majestät dem Kaiser gefällt und so lange meine Kräfte hinreichen.“ Es ist ja bekannt, daß der Kanzler um nichts in der Welt eine freie Persönlichkeit, daß er nur „ein treuer Diener seines Herrn“ sein will. Aber warum wiederholt er das immer wieder? Wenn der Mann, der die Geschicke des Reichs lenken soll, so müde und matt, so ohne jeden Funken von Schaffensfreudigkeit spricht, woher soll denn da dem Volke die Freude an seinem Dasein kommen? Aus den Reden des Reichskanzlers sicher nicht. Wenn ihm die „Interessenten“ zuschreien, daß er sie zu Grunde richten wolle, so bemüht er sich, ihnen nachzuweisen, daß das keineswegs in seiner Absicht liege, bemüht sich als ein redlicher und nicht ungeschickter Mann und erntet daher auch fast immer von irgend einer Seite Beifall. Aber ein Wort, das das Herz des deutschen Volkes höher schlagen machte, ist ihm nie entfallen, und wohl niemals wird von einer seiner Reden eine Bewegung ausgehen, die weitere und weitere Kreise zieht, bis ihr Wellenschlag die Grenzen des Landes erreicht hat oder sie wohl gar in kräftigem Zuge überschreitet. „Ich habe die Kolonialangelegenheiten immer mit der Wärme behandelt, die mir mein Amt zur Pflicht macht, und die im Interesse Deutschlands eine gedeihliche Entwicklung unsers Besitzes fördert. Bis zu dem Grade von Wärme aber fürchte ich, werde ich es nie bringen, daß ich den Wunsch haben könnte, ganz Afrika in deutschen Besitz zu bringen,“ sagte der Kanzler bei der letzten Beratung des Kolonial-etats. Aber warum sagte er das — zum zweitenmale, wenn ich nicht irre? Denkt der Kanzler, es werde irgend jemand Freude machen, außer den braven „Patrioten,“ die das wachsende Ansehen des Reiches mit argwöhnischen Blicken betrachten? Wünscht denn irgend jemand, daß ganz Afrika in deutschen Besitz komme? Wozu also die Fronie? Weil irgend ein Schreier den Kanzler bekrittelt hat? Muß sich denn der Kanzler vor jedem Schreier rechtfertigen? Wenn seinem Vorgänger das Lärmen der „Interessenten“ zu toll wurde, so setzte er ihnen die eigne selbstbewußte Persönlichkeit entgegen. „Wenn Sie überhaupt gegen die Kolonisation sind, heißt es in einer seiner Kolonialreden vom 9. Januar 1885, so sagen Sie das doch beizeiten, dann wollen wir uns weiter keine Mühe geben. Aber gerade jetzt in diesem Augenblick, wo es sich um die Erforschung der Küsten Afrikas handelt, diesen Posten noch in eine Kommission zu verweisen! Ich bitte Sie, auf die Kolonisationsbestrebungen nicht von vornherein eine Handvoll kalten Wassers zu schütten. Verzögern Sie die Sache nicht! Entmutigen Sie nicht den Enthusiasmus der Nation für diese Sache! Die begeisterte Stimmung erstreckt sich auf die besten und intelligentesten Kreise, und ich bitte Sie, dieser Stimmung Rechnung zu tragen.“ Das sind stolze Worte eines Mannes, der weiß, daß er, und nicht die schwerfällige Masse der Träger der Zukunftsgedanken ist; und aus solchen Worten schöpfen Tausende den Mut und die Kraft zu gedeihlicher Thätigkeit im Dienste des Vaterlandes. Aber „die Wärme, die mir mein Amt zur Pflicht macht,“

das ist nichts als eine Hand voll kalten Wassers auf die Begeisterung derer, die sich bei der Behandlung vaterländischer Fragen gern über den beschränkten Standpunkt amtlicher Thätigkeit erheben möchten. Und die Folgen dieser lauwarmen Wasserpolitik? Die Folgen? Das sind die Verträge mit England und Frankreich, und als Gegenstück zu der pflichtmäßigen Wärme des Reichskanzlers die jüngsten Heldenthaten der pflichteifrigen Kolonialbeamten im Stile des Kanzlers Leist.

Nix zu schachern, nix zu handeln? Schacherei is Schacherei! Ich kann mir nicht helfen: wenn Herr Dr. Miquel vor den Reichstag oder das preussische Abgeordnetenhaus tritt, so fallen mir stets die Verse des biedernden Szaak Stern aus „Einer von unsre Leut“ ein. Man hat Herrn Miquel in sein Amt gesetzt, damit er eine bestimmte Summe von neuen Einnahmen schaffe, und er bemüht sich nun schlecht und recht, den Volksvertretern soviel abzuhandeln, als nach den bestehenden Staatseinrichtungen ungefähr zu bekommen ist. Denn wie die Ehrlichkeit eines jüdischen Handelsmannes genau bis an die Grenzen des Strafgesetzbuches hinanreicht, so reicht Herrn Miquels Staatskunst genau bis an die Grenzen, die ihr die Reichsverfassung zieht, und darüber keinen Schritt. „Auf einen einzelnen Menschen kann man sich überhaupt nicht verlassen. Institutionen sind viel wichtiger als der einzelne Mann,“ erklärte dieser ehrliche Handelsmann am 30. Januar im Reichstage, nachdem er am 23. behauptet hatte: „Man muß die Organisation und die Institutionen nach dem Durchschnittsmenschen einrichten.“ Das muß man dem Finanzminister unbedingt zugeben; nur ist damit noch nicht gesagt, daß die Formen des Staatslebens auch von Durchschnittsmenschen eingerichtet werden müssen, das heißt von Menschen, deren schöpferische Thätigkeit über die engen Grenzen gegebener Verhältnisse nicht vorzudringen vermag, die eine ängstliche Scheu haben vor jedem noch so zaghaften Versuch, der zukünftigen Entwicklung unsers Staatslebens die Bahn zu öffnen. Solche Männer sind aber der Reichskanzler sowohl wie der preussische Finanzminister. Persönlich anziehende und liebenswürdige Herren, sind sie doch als Staatsmänner nur die Sklaven ihres Amtes, dessen Interessen sie genau so schablonenhaft vertreten wie die einzelnen Abgeordneten die Interessen ihrer Partei. Ämter aber, auch die höchsten im Reiche, sind wie die Parteien doch nur Teile eines Ganzen, dem allein sie dienen sollten.

Mancher findet vielleicht, diese Betrachtung sei gar zu einseitig. Man mag das ruhig finden. Ich strebe durchaus nicht nach dem Ruhm eines sogenannten objektiven Beobachters, der die Dinge und ihre Ursachen so lange hin und her wendet, bis ihm und seinen Zuhörern ganz wirblich geworden ist. Objektive Betrachtung ist der Natur gegenüber am Plage, die sich selber treu bleibt. Wer sich aber in dem Wirrwarr menschlicher Meinungen und Bestrebungen zurechtfinden will, der darf nicht stets um die einzelnen Er-

scheinungen herumlaufen, um sie von allen Seiten zu betrachten; der muß sich auf einen festen Standpunkt stellen und ein festes Ziel unverwandt ins Auge fassen. Nun giebt es Leute — und es sind wirklich nicht die schlechtesten —, die meinen, dieses Ziel, das unserm irdischen Leben die Richtschnur geben sollte, liege gar nicht auf dieser Erde, sondern jenseits von Raum und Zeit. Diese tiefreligiösen Naturen schreiten mit einer ruhigen Sicherheit durchs irdische Leben dahin, um die man sie beneiden könnte. Aber nur wenigen Menschen ist es vergönnt, erhobnen Hauptes in den Himmelsglanz zu schauen und doch sicher ihre irdische Bahn zu wandeln, weil sie der Glanz nicht blendet. Darum hat sich die Religion zu allen Zeiten irdische Symbole geschaffen, an die sich die Masse derer, die in Mühsal und Arbeit ihr Erdenleben verbringen, halten kann, wenn sie das Bedürfnis fühlen, sich über den Jammer dieses Lebens zu erheben. Leider aber sind die Formen, auf die das religiöse Leben zur Zeit angewiesen ist, engere und starrere Schablonen geworden, als in irgend einem andern Teile des öffentlichen Lebens. Wer sich in diese Schablonen nicht fügen will, den weist die Kirche undußsam hinaus, und auf der andern Seite bröckelt eine vollstümelnnde Wissenschaft von dem einst so stolzen Bau der Kirche ein Stück nach dem andern ab. Und dabei soll dem Volke die Religion erhalten werden! Dabei und bei dem erbitterten Hader, in dem die großen Religionsgemeinschaften gegen einander entbrannt sind, und den sie verbissener ausfechten, als irgend welche andern Interessenkreise. Nein, darüber darf man sich nicht täuschen: wenn wir kein höheres irdisches Gut haben: die christliche Kirche hält uns moderne Menschen nicht zusammen, sie trennt uns nur. Was einst den innersten Wert des Christentums ausmachte, die allumfassende Liebe, das wird heute nur von wenigen mehr gepflegt, die außerhalb der Kirche stehen. Die Kirche aber ist für die große Menge kein Halt mehr, diese Menge verfolgt blind und dumpf ihre persönlichen Interessen, mag der Pfarrer ihr noch so eindringlich das „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ predigen.

Und wenn der eine oder der andre die Befriedigung seiner persönlichen Interessen durchaus nicht findet? Dann legt er entweder unthätig die Hände in den Schoß und schaut mißmutig und nörgelnd dem Treiben der andern zu; oder er wird ein Schurke, der auf krummen Pfaden zu erreichen sucht, was auf geraden nicht zu haben ist. Das sollten alle die bedenken, die dem deutschen Bierphilister immer und immer wieder den Frieden als das höchste irdische Gut anpreisen. Das sollte vor allem die Regierung bedenken, die ihre großen Thaten, die Handelsverträge, auch nicht besser zu empfehlen weiß als dadurch, daß sie sie als Friedenstauben mit dem Ölweig an die Wand malt. Ob Handelsverträge gut oder schlecht sind, das soll hier nicht untersucht werden. Aber gegen die grobe Verkehrung der Thatfachen, daß Handelsverträge eine Gewähr für den Frieden seien, kann man sich nicht scharf genug wehren. Ge-

weiß, so lange die Verhandlungen zwischen zwei Staaten dauern, wird sich jeder im eignen Interesse hüten, den andern zu reizen. Ist aber der Vertrag erst geschlossen, so kann er irgend einen Wert nur haben unter der stillschweigenden Voraussetzung, daß der Friede erhalten bleibe. Treibt aber irgend ein Anlaß die Völker auf die blutige Wahlstatt, so wird ein papierner Handelsvertrag sie gewiß nicht aus einander halten.

Doch gesetzt, der Friede bliebe erhalten, und die Handelsverträge brächten uns den Segen, den man sonst noch von ihnen erwartet, in Hülle und Fülle; was hülfte uns das? Und wenn es soweit käme, daß Landwirtschaft und Industrie beide von goldnen Schüsseln speisten — glaubt die Regierung, dann würde eitel Glück und Zufriedenheit in deutschen Landen herrschen? Glaubte die Regierung wirklich, der Mensch sei schon zufrieden und glücklich, wenn er satt zu essen hat? Glaubte die Regierung, das Sattessen sei auch nur die erste Bedingung zu Glück und Zufriedenheit? Es scheint in der That, daß sie das glaubt, aber die Geschichte lehrt den, der sich belehren lassen will, doch etwas andres. Auch das Glück eines Volkes ist Arbeit, ungehemmte Bethätigung seiner Kräfte. Das athenische Volk war zu der Zeit am glücklichsten, wo es die Perser noch dann und wann von Haus und Hof vertrieben. Und als sich in den schweren Kämpfen um die Heimat das hellenische Volksthum kräftig entwickelt hatte, da konnte das Volk auch die goldnen Früchte des Friedens pflücken, da erlebte der hellenische Geist jene unverwelkliche Blüte, die den Verfall des Volks überdauert hat bis in unsre Tage herein. Auch der stolze Begriff des *civis Romanus* bildete sich in der schweren Zeit, wo Karthago den Römern häufig die Getreidezufuhr sperrte, und das römische Kernbürgertum zerfiel, als die Reichthümer der ganzen Welt in der Stadt zusammenzufließen begannen. Also die Weltgeschichte hält von der Sicherung des Friedens überhaupt nicht viel. Unsre Regierung übersieht aber, daß wir das noch gar nicht haben, dem der Friede zu gute kommen soll: ein Vaterland. Ehe sie uns den Frieden sichert, sollte sie ihre Aufmerksamkeit der Pflege unsers Volkstums zuwenden, das heißt der Entwicklung des Bewußtseins, daß wir Söhne eines Stammes sind, die in weltlichen Dingen gegen alle Welt zusammenstehen sollten. Erst wenn dies Bewußtsein unserm Volke so lebendig geworden ist wie Franzosen und Engländern, daß es von selbst aufflammt, sobald daran gerührt wird, erst dann mag die Regierung ihre Sorgfalt ausschließlich dem leiblichen Gedeihen einzelner Berufsclassen zuwenden. Einstweilen aber hat die Regierung noch gar keine Ahnung davon, daß es überhaupt so etwas wie Volksthum, Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und Vaterland giebt. Für die Männer von der Regierung besteht die Zusammengehörigkeit in einem Stück Papier, der deutschen Reichsverfassung. Niemand vertritt diese engherzig-büreaufatische Auffassung vom Begriff des Vaterlands mit so selbstverständlicher Trockenheit wie Herr Miquel. Bei der Beratung der Tabaksteuer bemerkte er: „Man

will keine indirekten Steuern, sondern eine Reichseinkommensteuer. Wenn ein Antrag eingebracht würde, würde man sich bald überzeugen, wie gering die Zahl der Stimmen dafür ist. Ich habe dargelegt, wie schon praktisch, abgesehen von unserm Föderativsystem, eine Reichseinkommensteuer undurchführbar ist. Denn eine Reichseinkommensteuer neben den bestehenden staatlichen Steuern kann man doch nicht einführen. Sie als Zuschlag zu diesen Steuern zu erheben, ist noch unmöglicher, weil einzelne Staaten keine solche Steuer erheben. Die Reichseinkommensteuer setzt unbedingt einen Einheitsstaat voraus; ich kenne keinen Föderativstaat mit einer solchen Steuer. Wenn man sich über alle Schwierigkeiten hinwegsetzt, so kann die Einkommensteuer einen Einheitsstaat machen.“ Und ein andermal: „Mit dem Satz: »Indirekte Steuern treffen die untern Klassen, direkte die obern,« kommt man nicht durch, sondern es kommt in jedem Falle auf die Beschaffung der indirekten und der direkten Steuern an. Wenn wir einen Einheitsstaat hätten, so wäre eine andre Verteilungsart möglich, aber wir haben ja keinen Einheitsstaat, und die Herren da drüben wollen ihn ja am allerwenigsten.“ Nun, wenn Kaiser Wilhelm I. und seine Mitarbeiter stets darauf Rücksicht genommen hätten, was die Herren „da drüben“ wollten, so steckten wir noch jetzt bis über die Ohren in dem Elend des seligen Bundesstaats. Aber Herr Miquel handelt bei seiner Steuerreform eben nur nach dem Grundsatz: Es muß Geld geschafft werden, sehen wir zu, wo es zu bekommen ist. Diesem Grundsatz muß es natürlich vor allem darauf ankommen, die Schwierigkeiten zu umgehen, die die Herren machen könnten, denen das Recht der Bewilligung oder Verweigerung zusteht. Schwierigkeiten nicht zu umgehen, sondern aus dem Wege zu räumen, dazu gehört eine Persönlichkeit, und Herr Miquel ist wie gesagt keine Persönlichkeit, sondern eine Arbeitsmaschine. Darum bringt er auch keine Neuschöpfungen hervor, sondern nur Flickwerk. Die Frage der Besteuerung aber ist viel zu wichtig, als daß sie das ewige Ausbessern und Flickern auf die Dauer vertragen könnte. Denn darüber braucht man sich keiner Täuschung hinzugeben: die Gegensätze auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet, die einen immer bedrohlicheren Riß durch unser Volk ziehen, werden sich nicht eher wieder zusammenschließen, als bis für die Besteuerung eine gesunde Form gefunden ist. Die Regierung beklagt sich so oft über Beunruhigung der großen Massen durch berufsmäßige Heizer. Kann denn auch die Regierung mit gutem Gewissen von sich sagen, daß sie die Kräfte des kleinen Mannes nicht über Gebühr in Anspruch nehme und denen nicht vorarbeite, die ihn mit trügerischen Versprechungen von goldenen Bergen verlocken? Wahre Zufriedenheit, Zufriedenheit in der Arbeit, kehrt bei dem Bürger erst dann ein, wenn er gewiß ist, daß von ihm nicht mehr verlangt wird, als er von Rechts wegen zu leisten imstande ist.

Hat man ihm erst diese Gewißheit verschafft, so braucht man die berufsmäßigen Heizer nicht mehr zu fürchten. Denn was er zum Besten des gemein-

samen Vaterlands geben muß, das giebt der Bürger schließlich gern. Wir aber haben noch kein Vaterland, und darum muß es auch der oberste Grundsatz der Steuergesetzgebung sein: wie erheben wir die Steuern so, daß auch sie dazu beitragen, die einzelnen Teile des deutschen Reichs fester zusammenzuschweißen zu einem deutschen Vaterlande? Wohl mancher mag über den Thoren lächeln, der Steuern als Bausteine zu einem Vaterlande verwenden will. Aber das Steuerzahlen ist und bleibt doch das Geschäft, bei dem der kleine Mann in erster Linie seine Zugehörigkeit zur Staatsgemeinschaft fühlt oder vielmehr fühlen sollte. Denn bei der Art, wie die Regierung die Steuern erhebt, macht ihn das Bezahlen nur auffällig gegen den Staat, dem er angehört, und manchem, der sich für „leidlich tugendhaft“ hält, geht eine kleine Steuerhinterziehung nicht wider die sogenannte Ehre. Das muß anders werden. Wird es auch vielleicht immer ein frommer Wunsch bleiben, den Durchschnittsbürger soweit zu bringen, daß er mit freudigem Stolz sein Scherflein zum Wohle des Vaterlands beiträgt: mehr Ehrlichkeit kann doch in das Steuergeschäft gebracht werden, mehr Ehrlichkeit hüben und drüben, damit Steuerzahler und Regierung sich nicht mehr gegenüberstehen wie Katze und Maus.

Hätte eine Reichseinkommensteuer die Kraft, uns den Einheitsstaat zu bringen, sie müßte eher heute als morgen eingeführt werden, trotz aller Schwierigkeiten, die sich ihr entgegenstellen. Denn nach dem Einheitsstaat, d. h. nach einem in seinem Volkstum abgeschlossenen Vaterlande drängt nun einmal die Entwicklung, nicht nur des deutschen Reichs, sondern der modernen Völker überhaupt, und das Volk, das diese Bewegung mitzumachen sich sträubt, wird ins Hintertreffen gedrängt. Ist der Einheitsstaat denn etwas so ungeheuerliches, daß Herrn Miquel davor gruselt? Er kann ihn sich wohl nicht ohne eine große Abschlachtang deutscher Fürsten, mit Ausnahme etwa der Hohenzollern, denken? Aber das Lechzen nach Tyrannenblut ist doch bei den vernünftigen Leuten aus der Mode gekommen, und nur bei den Sozialdemokraten und einigen Freisinnigen fristet ein Rest davon ein trauriges Dasein. Die Reichsverfassung hält doch kein unbefangener Beurteiler für ein abgeschlossenes Werk, und gerade die Art, wie das Reich einen Teil seiner Einnahmen durch Matrifularumlagen bei den Bundesstaaten erhebt, haben nicht einmal ihre Schöpfer für mehr als eine vorläufige Regelung dieser Frage gehalten. Nun scheint es in der That eine würdigere Art der Steuererhebung zu sein, wenn das Reich die grundlegenden Steuern erhebt und den Bundesstaaten und Gemeinden gestattet, einen bestimmten Prozentsatz dieser Reichssteuern für ihren Bedarf einzufordern. Das setzt voraus, daß Reich und Bundesstaaten nur eine und dieselbe Steuerquelle kennen, und mir scheint, etwas anderes verträgt sich mit dem Grundsatz der Zugehörigkeit zu einem Staatswesen überhaupt nicht. Das beliebte „Steuerquellenerschließen“ ist und bleibt ein unsauberes Schachergeschäft, bei dem eine der beiden Parteien, Regierung oder

Volkvertretung, immer das unbestimmte Gefühl hat, hinter's Licht geführt worden zu sein. Eine ehrliche Art der Besteuerung wird sich wohl darauf beschränken müssen, von dem Einkommen und dem festen Besitz Abgaben zu erheben. Alle mittelbaren Steuern müssen doch schließlich aus dem Einkommen bezahlt werden, ohne daß man voraussehen könnte, wer sie denn eigentlich bezahlen wird. Herr Miquel hat gut reden, die Weinsteuer sei eine Luxussteuer! Wer kann das so genau vorhersehen, wie eine solche Steuer wirken wird? Ob sie nicht die einzelnen Volksklassen noch weiter von einander entfernen werde, indem sie die Reichen bewegt, immer teurere Weine zu trinken, und die minder Bemittelten dem Schnaps in die Arme treibt? Luxussteuern sind überhaupt überflüssig. Entbehrlichen Luxus pflegen sich meist die Reichen zu gestatten, und man trifft alle Luxusgegenstände mit, wenn man den höhern Besitz und das höhere Einkommen auch in höherm Verhältnis besteuert. Das alles ist so einfach, daß ich überzeugt bin, jede rechtschaffne Beamtenseele wird es von vornherein für unmöglich halten. Und Herr Miquel wird sagen: Frankreich hat das nicht, England hat das nicht, die Schweiz hat das nicht, also können wir es doch unmöglich einführen. Und wollte ich ihm erwidern, „Excellenz, vielleicht ist eine ehrliche Art der Besteuerung geeignet, die Ehrlichkeit wieder zu wecken, von der trotz aller Börsenjuden noch ein gesunder Kern in der Volksseele schlummert,“ so würde Excellenz mir mit einem wohlwollenden Lächeln erwidern: „Mein lieber Freund, dann können wir diese Art der Besteuerung erst recht nicht brauchen.“

Neben den wirtschaftlichen Gegensätzen sind es vor allem die kirchlichen, die einen breiten Riß durch unser Volk ziehen. Abgesehen von der Feindschaft zwischen Katholiken und Protestanten, die gelegentlich immer wieder in hellen Flammen auslodert, hat das Verhältnis von Millionen von Katholiken zum deutschen Reich, mag man sagen, was man will, noch keine Spur von der Wärme, die der Bürger seinem Vaterlande gegenüber empfinden sollte. In den kleinen Städten am Rhein weiß jeder gute Katholik, wann der Papst seinen Geburtstag hat. Dagegen kann man von manchem rechtschaffnen Bürgersmann, den man am 2. September fragt, warum er keine Fahne herausgehängt habe, die verwunderte Gegenfrage vernehmen, was denn los sei? Vielleicht wird es die Weltgeschichte dereinst als einen Fehler der Politik des Fürsten Bismarck bezeichnen, daß er es nicht verstanden habe, das Mißverhältnis der katholischen Bürger zum Reich zu bessern oder doch wenigstens eine Änderung dieses Mißverhältnisses anzubahnen. Nun, der Beste macht Fehler, wenn nur die, so nach ihm kommen, aus seinen Fehlern lernen wollten! Aber unsere Regierung hat gar keine Ahnung davon, daß auf kirchlichem Gebiet eine der schwersten Aufgaben liegt, die die Zukunft zu lösen hat. Oder hat sie doch eine Ahnung davon, daß Männer, die die Geschicke unsers Volkes lenken wollen, hier ihre Kraftprobe zu bestehen haben? Und vermeidet sie deshalb so ängstlich

alles, was dazu dienen könnte, die Gegensätze auszugleichen? Man braucht dabei nicht gleich an das letzte preußische Volksschulgesetz zu denken. Auch der jetzige preußische Kultusminister beweist, wo es eben geht, seine Unfähigkeit, auf dem Gebiete der Kirchenpolitik schöpferische Thaten zu thun. Man sehe sich nur folgende Äußerung an, die er am 1. März im Abgeordnetenhause gethan hat: „Über die Frage der konfessionellen Kirchhöfe habe ich nicht allein, sondern gemeinsam mit dem Ministerium des Innern zu entscheiden, und ich habe den Zustand vorgefunden, namentlich nach den alten französischen Bestimmungen, daß die Kirchhöfe Kommunalkirchhöfe sind. Bis jetzt sind auch so wenig Beschwerden auf diesem Gebiet an uns herangetreten, daß für die Regierung kein Anlaß vorliegt, gesetzgeberisch einzugreifen. Wo aber konfessionelle Kirchhöfe sind, sollen sie bestehen bleiben und auch erweitert werden.“ Ein Beamter, der sich ohne ein Wort des Bedauerns bereit erklärt, die kirchlichen Gegensätze noch im Tode aufrecht zu erhalten, wird schwerlich etwas dazu beitragen, sie unter den Lebenden zu schlichten.

Wird uns der Mann je kommen, der eine innere Politik großen Stils einleitet? Die Zeiten wären ihm nicht günstig, wenn er wirklich käme. Der neue preußische Kriegsminister scheint eine selbständige Persönlichkeit zu sein. Aber wie fiel die pseudoliberalen Presse mit Mannesmut über ihn her, als er über den Fall des Generals Kirchhoff frisch von der Leber weg sprach! Nein, nur keine Persönlichkeit am Staatsruder, bei dem Anblick wird unsern freien Männern übel. Ein modernes Staatswesen, in dem kein Einzelwille mehr, sondern die Verfassung den allgemeinen Gang der Geschäfte bestimmt, liegt nicht gleich brach, wenn es an tüchtigen Männern fehlt. Brach aber liegt ein andres Gebiet, wenn dort etwas andres die Herrschaft führt, als die starke Einzelpersönlichkeit: das ist die Kunst. Davon vielleicht ein andermal.



Das Shafespearegeheimnis



In einem soeben erschienenen, gegen 400 Seiten starken, mit zahlreichen Bildnissen, Facsimiles, Plänen und Ansichten ausgestatteten Werke: Das Shafespearegeheimnis beschäftigt sich Edwin Bormann mit der Frage der Autorschaft der weltberühmten Dramen, die den Namen William Shafespeares tragen. Bücher, die den Beweis zu führen suchen, daß Francis Bacon der Autor sei, erscheinen etwa seit vierzig Jahren; aber mit dem vorliegenden Werke ist zum